

"Bremer doch nicht dümmmer als Bayern"

Interview mit Angelika Gardiner vom "Mehr Demokratie"-Vorstand zur Wahlrechtsreform

Fünf Stimmen, die nach eigener Wahl an Kandidaten und Parteien vergeben können - oder wie bisher eine Stimme für eine Liste, die von den Parteien vorgegeben wird? Das ist die Frage. Die Initiative "Mehr Demokratie" will in Bremen ein Volksbegehren durchsetzen und sammelt dafür derzeit Stimmen. Angelika Gardiner gehört dem Landesvorstand der Initiative in Hamburg an, wo es eine Mehrheit für eine Wahlrechtsreform gab. Mit ihr sprach unser Redakteur Wigbert Gerling. Von Hamburg lernen, heißt...was?

Angelika Gardiner: In Hamburg hat es einen erfolgreichen Volksentscheid zur Änderung des Wahlrechts gegeben. Das ist da jetzt Gesetz. Ziel ist es, den Einfluss der Parteien auf die Zusammensetzung des Parlaments zu begrenzen. Wählerinnen und Wähler haben dann fünf Stimmen, die sie auf Kandidaten und Parteien ihrer Wahl frei verteilen können. Beruflich bin ich viel in der Welt herumgekommen. Ich glaube beispielsweise, dass der Grund, weshalb es in Afrika so viele schlechte Regierungen gibt, unter anderem auf ein Wahlrecht nach dem Motto "Eine Stimme für eine Partei" zurückzuführen ist.

Nun ist Bremen ja nicht Afrika.

Klar. Aber ich meine, nach 60 Jahren Demokratie in Deutschland kann das Wahlrecht ruhig weiterentwickelt werden - und zwar so, dass sich Kandidaten für die Parlamente mehr an der Bevölkerung orientieren müssen und nicht nur die Profilierung in der eigenen Parteihierarchie vor Augen haben. Ich bin sicher, dass die Bevölkerung verantwortungsvoll damit umgeht, wenn sie beim Wählen mehr Wahlmöglichkeiten hat.

Ist denn die derzeitige personelle Besetzung in den Parlamenten eigentlich so schlecht? Ich stelle durchweg fest, dass das Ansehen der Parteien eindeutig im Sinkflug begriffen ist.

In Hamburg wurden nach dem Erfolg im Volksentscheid schon einmal probeweise Stimmzettel entworfen, wie sie aussähen, wenn jeder mehrere Stimmen verteilen könnte. Die waren beachtlich unübersichtlich. Würde der Wahlvorgang mit der größeren Wahlmöglichkeit nicht tatsächlich reichlich sperrig?

Diese endlosen Stimmzettel, die in Hamburg kursieren, wurden nur als Angstszenerien gedruckt. Ich stamme aus Bayern. In München hat man bis zu 81 Stimmen. Das klappt. Und ich bin sicher, dass die Bremer doch nicht dümmmer sind als die Bayern. Wenn es mehr Wahlmöglichkeiten gibt, wird mehr über Positionen und Personen diskutiert. Demokratie wird lebendiger.

Stichwort München. München ist eine Stadt, Bremen aber ein Bundesland. Und immer wieder wird hier von der etablierten Parteipolitik gemahnt, wenn sich Bremen ein neues Wahlrecht verpasse, das sich an die Praxis in Kommunen anlehne, dann gebe es sich als eigenständiges Land fast schon selbst auf.

Das ist doch wirklich Unsinn. Ich erinnere daran, dass dieses Wahlrecht ja für Hamburg beschlossen worden ist - und Hamburg ist bekanntlich, wie Bremen, ebenfalls ein Bundesland. Und in Bayern gibt es auch die Möglichkeit, auf der Landesliste einzelne Namen anzukreuzen. Die von Ihnen genannte Diskussion Landeswahlrecht/ Kommunalwahlrecht soll doch nur dazu dienen, die Macht der Parteien auf die Zusammensetzung der Parlamente abzusichern.

Der professionelle Politikbetrieb bewirkt aber ja nicht, dass nur Unfähige in die Parlamente entsandt werden. Anders gesagt: Wird es wirklich besser, wenn auch Kandidatinnen und Kandidaten an den Parteien vorbei ins Parlament gewählt werden können? Droht da nicht gar eine Invasion der aktiven Nervensägen? Aber ich bitte Sie: Gibt es die denn derzeit nicht auch in den Parlamenten? Klar können die Bürgerinnen und Bürger bei ihrer Wahlentscheidung irren - aber tun das Politiker nicht? Ich habe überdies nicht den Eindruck, dass in den Abgeordnetenhäusern nur auf höchstem Niveau diskutiert wird. Außerdem können etwaige Querulanten, wenn sie denn den Leuten auf die Nerven gehen, schließlich auch wieder abgewählt werden.

Werden bei einem neuen Wahlsystem nicht Fachleute ausgeschlossen, die zwar in parlamentarischen Ausschüssen gute Sacharbeit leisten, nach außen aber nicht wirken wollen oder können?

Erstens gibt es ja auch außerhalb der Parlamente viele Fachleute. Zweitens, können die Parteien auch nach einer Wahlrechtsreform ihre guten Leute mit sicheren Listenplätzen versorgen.

Was halten Sie von dem Einwand, eine Wahlrechtsänderung auf außerparlamentarischem Weg sei in einem demokratischen Parteiensystem doch unnötig, weil es jedem unbenommen sei, in die Parteien einzutreten und sich dort für eine Reform einzusetzen? Dann mal viel Spaß. Werden Sie doch einmal Mitglied einer Partei und sagen dort: So, jetzt wollen wir doch mal den Wählerinnen und Wählern zu Lasten der Parteien mehr Einfluss auf die personelle Besetzung der Parlamente geben. Dann sind Sie sofort weg vom Fenster.